

## "High Noon für die westliche Welt?" in Der Spiegel (28. Januar 1980)

**Legende:** Infolge der Invasion Afghanistans durch die sowjetischen Truppen 1979 haben sich die Ost-West-Beziehungen kontinuierlich verschlechtert. Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel beschreibt die Situation zu Beginn der achtziger Jahre und kommentiert die Beziehungen zwischen der USA und der UDSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

**Quelle:** Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; ENGEL, Johannes K. 28.01.1980, n° 5; 34. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "High Noon für die westliche Welt?", p. 86-102.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/high\\_noon\\_fur\\_die\\_westliche\\_welt\\_in\\_der\\_spiegel\\_28\\_januar\\_1980-de-a58f5309-42a6-42c3-888c-f6b04e928994.html](http://www.cvce.eu/obj/high_noon_fur_die_westliche_welt_in_der_spiegel_28_januar_1980-de-a58f5309-42a6-42c3-888c-f6b04e928994.html)

**Publication date:** 03/07/2015

## High Noon für die westliche Welt?

**20 Jahre lang galt Entspannung als unerschütterlicher Grundsatz der Ost-West-Beziehungen. Dann aber, seit der Sowjet-Invasion in Afghanistan, verschlechterten sich die Aussichten für eine gedeihliche Zusammenarbeit der Weltmächte fast über Nacht. Neuer Kalter Krieg zeichnete sich ab. Erinnerung an die Konfrontation nach 1945**

Die Dinnergäste im East Room des Weißen Hauses legten Messer und Gabel beiseite. Gespannt beugten sich die Geladenen, 80 Senatoren und Kongreßmitglieder, nach vorn. Präsident Jimmy Carter, in einem Hepplewhite-Armsessel thronend, blickte seine Gäste an.

Ernst, mit maskenhaft starrem Gesicht, begann er zu sprechen: „Die sowjetische Invasion Afghanistans ist die größte Bedrohung für den Frieden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.“

So erlebt ihn die Nation jetzt vorwiegend am Bildschirm. Vorbei die Zeiten des breiten Erdnußfarmer-Lächelns, das Karikaturisten so oft zeichneten. Wie im Westernfilm ist der gutmütige Held, weil bis aufs Blut gereizt, zum Kämpfer geworden. High Noon für den Westen, für die gesamte Welt, unerwartet und absurd.

Innerhalb von vier Wochen hatten sich die beiden Großmächte auf unheilswangere Positionen festgezurr, von denen sie nur unter Gesichtsverlust wieder herunterkommen, teilten sie gegeneinander Schläge aus, die auf gefährlich verengte, gefühlsbestimmte Horizonte schließen ließen und zumindest teilweise schiere Unvernunft offenbarten.

Da hielt es, ein gutes halbes Jahr nach Abschluß des von ihr so begehrten Salt-II-Vertrags, die gestandene Sowjetmacht, größter Flächenstaat der Erde, aus wie immer definiertem Sicherheitsbedürfnis für nötig, ihre riesige Landmasse durch den kleinen asiatischen Berg- und Wüstenstaat Afghanistan zu arrondieren.

Da zog sie für diesen in ihren Augen offenbar unermesslichen Gewinn auf den Hals, daß die Staaten der Dritten Welt, Araber und Moslems vorweg, in einem jähen Schwenk gegen die angeblich erste Arbeiter- und Bauern-Macht Front machten, die immer vorgegeben hatte, so viel Herz für die Entrechteten der Erde zu haben. Wo waren da wohl sozialistische Moral und dito Vernunft geblieben?

Kaum gebremste Emotionen kochten auch auf der Gegenseite hoch. Amerika, das die Eroberung des großen, erdölreichen Iran durch den Ajatollah Chomeine hilflos, fast demütig hingenommen hatte, sah in der Eroberung des kleinen erdöllosen Afghanistan durch die Sowjets einen Anschlag auf den Lebensnerv des Westens, jedenfalls aber einen Nachweis für ungehemmte Aggressivität jenes Partners, den der Westen aus den zahllosen Verhandlungen des Entspannungszeitalters zu kennen glaubte.

Also sah sich Amerika getäuscht und gedrängt, eindeutige Zeichen zu setzen: Bis hierher und nicht weiter. Warum diese Zeichen nicht, den Prinzipien der Détente entsprechend, vorher gesetzt oder verstanden wurden, blieb bislang ungeklärt, und was niemand gedacht hatte, trat ein: Fehlende Interpretation führte zu Unverständnis und schließlich, auf beiden Seiten, zu der trotzigen Haltung, daß Verständnis auch gar nicht mehr vonnöten sei.

Europa 1914? Die Welt 1980.

So beantwortete denn Amerika die sowjetische Aggression mit Strafen, die auch Selbststrafen waren: Obschon es dringend Getreide und Technologie verkaufen möchte, stoppte es den Getreide- und Technologie-Export in die Sowjet-Union.

Obschon sich seine Sportler auf Medaillensegen bei den Olympischen Spielen in Moskau freuten, boykottiert es – wahrscheinlich – die Olympischen Spiele, für Moskaus Prestige-Investition des Jahrhunderts ein schwerer Schlag, zumal ihn Präsident Carter auch noch mit einem Ultimatum verband: Abzug aus Afghanistan bis zum 20. Februar – oder das weltweite, angeblich zutiefst humane,

friedensfördernde Sport-Spektakel degeneriert zu einer erweiterten Spartakiade.

Ultimatenhafte Erklärungen, die im Grunde keine Antwort erheischten, sondern einseitige Deklamation ungebrochenen Machtbewußtseins sein sollten, waren überhaupt an der Tagesordnung. Wenn je das politische Modewort „Eskalation“ angebracht schien, dann in diesem Januar:

Erneute amerikanische Beistandsgarantie für ein Jugoslawien nach Tito, mit dem Moskau, so die neuerwachte Sorge im Westen, à la Afghanistan verfahren könnte.

Sowjetischer Schlag gegen das Haupt der Dissidenten, den Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow, der seit 1977 im Besitz eines persönlichen Belobigungsschreibens, einer Art Schutzbrief des amerikanischen Präsidenten ist.

Vor einem Jahr noch wäre Sacharows Verbannung in die geschlossene Stadt Gorki am Ural vielen im Westen als ein Akt legitimer Verteidigung des nach außen so starken, innerlich aber labilen Sowjet-Systems erschienen, nicht anders als die Ausweisung Solschenizyns 1974.

Nach Afghanistan und Olympia-Boykottandrohung aber wirkte sie wie ein Trompetensignal, daß die Sowjetmacht sich durch nichts beeindrucken lasse. Empört brach Frankreichs Parlaments-Präsident Jacques Chaban-Delmas seine auf zehn Tage geplante Reise durch die UdSSR nach zwei Tagen ab.

Der Franzose hatte sich bemüht, von Breschnew Entspannungssignale zu vernehmen, vergebens. Statt dessen ließ Moskau, während Chaban bei Breschnew saß, die Operation Sacharow anlaufen und stieß damit auch noch die Franzosen vor den Kopf, deren Regierung am deutlichsten unter des US-Alliierten in Europa auf Distanz zum harten Kurs Washingtons gegangen war.

Aber auf die Franzosen kam es den Sowjets zu diesem Zeitpunkt wohl auch nicht mehr an. Politisch wichtiger war, was nun in Washington neben den demonstrativen Strafmaßnahmen als geostrategische Antwort auf den Afghanistan-Schlag heranreifte: eine „Carter-Doktrin“, Doktrin genannt in bewußter Analogie zu den Eindämmungsversuchen, die Carters Vorgänger Truman und Eisenhower gegen den Kommunismus unternahmen.

Ein Doktrinär, das wußte man, war der Baptist Jimmy Carter immer schon gewesen, aber ein moralischer, moralisierender. Jetzt wandte er sich den schwierigeren Ufern einer Doktrin in Realpolitik zu.

Die Welt erlebte einen neuen Jimmy Carter. Die Londoner „Times“ verglich ihn mit dem entrüsteten „Neville Chamberlain vom September 1939, als der entdeckte, daß Herr Hitler eben doch kein vernünftiger Staatsmann sei“.

Vor beiden Häusern des Kongresses drohte er den Sowjets vergangenen Mittwoch härter als je ein amerikanischer Präsident seit der Kubakrise von 1962: „Jeder Versuch einer ausländischen Macht, Kontrolle über den Persischen Golf zu erringen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden.“

Nach einer kleinen Pause fügte er hinzu: „Ein solcher Angriff wird mit allen Mitteln zurückgewiesen werden, einschließlich militärischer Gewalt.“

Washingtons globalpolitische Planung scheint mithin wieder dort angelangt, wo sie in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war: Die Konfrontation mit der Sowjet-Union spielt wieder die beherrschende Rolle.

Die Länder der Dritten Welt, denen US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski einmal die „wachsende Bedeutung aufstrebender Mächte“ bescheinigt hatte, sind damit auch nach Washingtoner Kalkül wieder, was sie früher waren. Einflußsphären und Aufmarschgebiete der Supermächte.

Die Südkoreaner etwa brauchen einen Abzug der amerikanischen Truppen nicht mehr zu fürchten. Islamische Diktatoren wie Pakistans Sia-ul Hak können wegen der strategischen Bedeutung ihrer Länder amerikanischer Hilfe sicher sein. Die Frage nach der Verwirklichung der Menschenrechte stellt ihnen der einstige Menschenrechts-Kreuzzügler Carter nicht mehr.

Großzügig ist er auch geworden, wenn es um die Weiterverbreitung von Atomwaffen geht – vorausgesetzt, sie gelangen in die Hände der richtigen, will heißen dem Westen wohlgesinnten Staaten.

Noch 1979 war Pakistan wegen des Verdachts, an einer Atombombe zu bauen, mit Hilfestopp bestraft worden. Heute drängt Carter den Pakistanis Waffen und Geld geradezu auf. „Allah hat uns eigene Ölquellen versagt“, spottete ein hoher pakistanischer Offizier, „aber zum Ausgleich hat er die Russen nach Afghanistan geschickt.“

Um Pakistans Erzfeind Indien zu beschwichtigen, liefern die Amerikaner den Indern den lange geforderten atomaren Brennstoff und damit die Möglichkeit, ihre Bombenentwicklung zu beschleunigen.

Noch vor einem halben Jahr mußten etwa die von einer kubanisch-äthiopischen Streitmacht im Ogaden besiegten Somalis die Amerikaner geradezu bitten, eine Militärbasis in ihrem Land zu errichten, heute schwärmen amerikanische Diplomaten aus, um von Somalia, Kenia und Oman angebotene „militärische Möglichkeiten“ zu erkunden.

Eine Veränderung, eine Umkehr der amerikanischen Politik scheint sich da abzuzeichnen, wie sie tiefgreifender kaum denkbar ist, jedenfalls bis vor kurzem nicht denkbar schien.

1977 hatte Carter als Ziel seiner Regierung erklärt, den Indischen Ozean zum „Meer des Friedens“ zu machen. Heute feiert Washington als Erfolg, daß die Briten den USA erlaubten, ihr Atoll Diego Garcia im Indischen Ozean zum Superstützpunkt auszubauen.

Heute wimmelt das angebliche Meer des Friedens nur von Kriegsschiffen beider Großmächte. Um Amerikas langen Arm zu zeigen, donnerte vergangene Woche sogar ein aus Guam gestartetes Geschwader von B-52 Bombern über die sowjetischen Schiffe im Indischen Ozean.

Vorige Woche wurde bekannt, daß seit dem 25. November, drei Wochen nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran und über einen Monat vor dem russischen Einmarsch in Afghanistan, das Aufklärungsschiff „Taman“ der Sowjetmarine am Ostausgang der Straße von Hormus vor Anker liegt.

Durch die Meerenge werden über 60 Prozent des gesamten Erdöls für die westliche Welt transportiert. Die „Taman“ war nach US-Angaben in Position, lange bevor das erste amerikanische Schiff, der Flugzeugträger „Kitty Hawk“ den langen Weg von den Philippinen zur Persischen Küste zurückgelegt hatte.

Auch daheim machte Amerika nun mobil. Schon der Getreideboykott dürfte den amerikanischen Steuerzahler jährlich 20 Milliarden Dollar kosten und die Liefersperre für hochtechnisierte Güter immerhin noch vier Milliarden.

Derselbe Präsident, der noch als Wahlkämpfer den Verteidigungshaushalt um sieben Milliarden Dollar zu senken versprach, verkündete zur „Lage der Nation“: „Ich bin entschlossen, dafür zu sorgen, daß die Vereinigten Staaten die stärkste aller Nationen bleiben.“

Er legte dem Kongreß einen um fünf Prozent höheren Verteidigungsetat vor und bereitete die Amerikaner auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht vor. Er kündigte ferner eine „Registrierung“ an, die es den Behörden ermöglichen soll, alle Amerikaner im wehrpflichtigen Alter zu erfassen.

Nach den geltenden Gesetzen ist dies nicht möglich, und schon deshalb wäre eine militärische Mobilmachung schwierig. Carter: „Wir müssen auf diese Möglichkeit vorbereitet sein.“

Die Antwort erteilte umgehend Radio Prag: „Die Carter-Doktrin ist der bisher schwerstwiegende Schritt in Richtung Kalter Krieg und in Richtung des Balancierens am Rande des Heißen Krieges.“

So schien dann nach rund zwei Jahrzehnten Entspannungspolitik wieder Kalter Krieg ins Haus zu stehen, mit allen Gefahren einer weiteren Eskalation – wenn der Spannungsprozeß nicht schnell gestoppt werden würde.

Zwei Jahrzehnte lang war Krieg etwas gewesen, das sich weit weg, in Vietnam oder Angola, noch ereignen konnte, nicht aber, so meinten die Entspannungsgläubigen, zwischen West und Ost, und gewiß nicht wegen einer fast klassischen Besetzung fremden Landes, so wie es Nazi-Deutschland mit der Tschechoslowakei und Italien 1935 mit Abessinien gemacht hatten.

Von wirklichem, heißem Krieg war gar die Rede. Italiens Staatschef Pertini sah „Kriegswolken“ am Horizont, die sich bedenklich zusammenzögen. Frankreichs „Le Monde“, gewiß entspannungsfreundlich, urteilte, die sowjetische Stoßrichtung zum Persischen Golf und die sich daraus ergebende Konfrontation der Supermächte markiere „höchstwahrscheinlich den Beginn des Dritten Weltkriegs.“

Immerhin 48 Prozent der Westdeutschen hielten vorige Woche einen Dritten Weltkrieg innerhalb von drei Jahren für möglich, zehn Prozent sogar für wahrscheinlich, nur 41 Prozent für unwahrscheinlich.

Die Eiseskälte, die so unvermutet über die Welt gefallen ist, muß gewiß nicht mit naturgesetzlicher Unausweichlichkeit zur alles vernichtenden Entladung führen, aber mehr als ein Betriebsunfall oder lediglich ein Einschüchterungsmanöver wie etwa die berühmte „Krieg in Sicht“-Krise der Bismarck-Zeit war der Fall Afghanistan mit seinen Folgen denn doch, auch sofern diese beherrschbar bleiben.

Damals, im April 1875, hatte Bismarck eine französische Militärreform durch einen von ihm inspirierten Artikel der „Post“ beantwortet, der die Überschrift „Ist Krieg in Sicht?“ trug. Der französische Außenminister Décazes fragte daraufhin in London und Petersburg um Hilfe für den Fall eines deutschen Angriffs an. Erst Zusicherungen der deutschen Botschafter und Bismarck selbst beruhigten die aufgeheizte Lage wieder – der Kalte deutsch-französische Krieg aber ging weiter.

Vorige Woche zeigte sich, wie wenig Amerikas Verbündete in der gegenwärtigen „Krieg in Sicht“-Krise zum Abbau der Spannung tun könnten. Zwar mühten sich vor allem Bonns Kanzler Schmidt und Frankreichs Staatschef Giscard d'Estaing, durch Indizien von Planlosigkeit und Emotionalität in Washington verschreckt, die Entspannung oder das, was davon übrig war, zu retten.

Doch sie weckten in Amerika damit nur das bittere Gefühl, in schwerer Zeit allen Bündnisschwüren zum Trotz allein gelassen zu werden. „Amerikas einsame Rolle“, schrieb das Magazin „U.S. News & World Report“ auf sein Titelblatt neben einem starken US-Adler, der auf winterkahlem Baum hockt.

Solche Gefühle könnten sich für die Sicherheit Europas nachteilig auswirken, weil sie in Moskau womöglich falsche Hoffnungen auf Verfall der westlichen Allianz wecken und in Washington das emotional verstellte Gesichtsfeld weiter verengen in Richtung auf jenen klassischen Kalten Krieg, mit dem sie Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg lebten, ohne daß es zur Explosion kam.

Kalter Krieg – das war damals die Konfrontation zweier Ideologien und Staatensysteme, die Weltkrieg II gegen Hitler-Deutschland und Japan gewonnen hatten und nun bei Kriegsende mit einem Mal als erbitterte Gegner einander gegenüberstanden, zuweilen von Sehschlitz zu Sehschlitz ihrer schweren Panzer.

Kalter Krieg – das war kein Schießkrieg, aber doch ein Konflikt von weltweiten Ausmaßen mit Schachfeldern in Griechenland und Korea, Deutschland und der Türkei, Berlin und Nahost.

Kalter Krieg – das waren Truman und Stalin, Dulles und Molotow, Eisenhower und Chruschtschow. Und Konrad Adenauer war auch bald dabei.

Kalter Krieg – das waren Marshallplan und Kominform, Berlin-Blockade und „massive Vergeltung“, Nato und Warschauer Pakt. Und das war, wohl für immer, Amerikas Abschied vom Isolationismus.

Bis dahin, so der amerikanische Historiker Robert A. Divine, „waren die Vereinigten Staaten (zwar) in alle größeren Kriege verwickelt ... Aber sobald die Kriege vorüber waren, zogen sich die Amerikaner in eine verhältnismäßig isolierte Position zurück, hielten sich aus internationalen Rivalitäten heraus – bis der nächste große Konflikt ausbrach. Der Wechsel von Teilnahme und Rückzug wurde zum Nationalen Muster“.

Und eigentlich hatte sich das auch nach Weltkrieg II wiederholen sollen. Spontan kürzte der US-Kongreß den Verteidigungshaushalt um 25 Prozent, schneller als je zuvor wurde demobilisiert: Von 3,5 Millionen US-Soldaten, die im Mai 1945 allein in Europa gestanden hatten, waren zehn Monate später ganze 400 000 übriggeblieben.

Warum die neue Weltmacht Nummer eins gleichwohl schon wenig später in einen neuen, wenngleich kalten Krieg verstrickt wurde oder sich darin verstrickte, ist selbst unter amerikanischen Historikern auch heute noch umstritten.

Waren die Sowjets schuld, die – so US-General George Marshall – „kalt entschlossen waren, den derzeitigen Kommunismus zu verbreiten“?

Erlebte die Welt eine „faschistische Aggression und imperialistische Expansion“ der Amerikaner, wie die Sowjets klagten, deren Josef Stalin „die internationale Reaktion“ beschuldigte, einen neuen Krieg zu planen?

Oder hat Zbigniew Brzezinski recht, einst Polit-Professor, heute als Jimmy Carters Scharfmacher Vater der Idee, Olympia 1980 in Moskau zu blockieren? 1972 schrieb er:

Der Kalte Krieg war eher die Frucht langwieriger und wahrscheinlich unentrinnbarer geschichtlicher Kräfte als das Resultat menschlicher Irrtümer und böser Gesinnung. Zwei große Mächte, unterschieden durch divergierende geschichtliche Erfahrungen und getrennt durch scharf voneinander abweichende Ideologien ..., konnten einem harten Konkurrenzkampf schwerlich entinnen.

Fest steht nur soviel: Die Illusion vom großen Frieden nach dem großen Krieg hatte sich ebenfalls in den Hirnen der ausgebluteten, kriegsmüden Völker festgesetzt. Die Staatsmänner – der sterbensranke Roosevelt ebenso wie sein Nachfolger Truman, Winston Churchill ebenso wie Stalin – wußten schon geraume Zeit vor Kriegsende, daß ihnen, wenn überhaupt, allenfalls eine kurze Atempause vergönnt sein würde.

Averell Harriman etwa, Roosevelts Botschafter in Moskau, kabelte schon im September 1944 nach Washington: „Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Sowjet-Union, sofern wir nicht gegen ihre jetzige Politik Stellung beziehen, in Zukunft die ganze Welt tyrannisieren wird, wo immer ihre Interessen berührt sind.“

Und Roosevelt, vom Tode gezeichnet, erregte sich am 24. März 1945, seinem letzten Tag in Washington, bei der Lektüre eines anderen alarmierenden Harriman-Kabels derart, daß er wütend mit den Fäusten auf die Armlehnen seines Rollstuhls schlug und tobte: „Averell hat recht. Wir können uns nicht mit Stalin einlassen. Er hat jedes einzelne Versprechen gebrochen, das er in Jalta gegeben hat.“

Es ging vor allem um das Jalta-Versprechen Stalins, daß am Ende des Krieges „ein freies, unabhängiges und demokratisches Polen“ stehen sollte.

Tatsächlich aber zwang er dem Land eine ihm hörige Regierung auf und legte Polen – zu dessen Verteidigung der Westen schließlich überhaupt erst in den Krieg eingetreten war – damit von vornherein an

die sowjetische Kette.

Roosevelt war für die Russen nach so langer Waffenbrüderschaft, kalkulierbar gewesen. Wie aber, fragte Stalin seinen Besucher Harriman, könnten sie den Roosevelt-Nachfolger Truman überzeugen, daß sie auch weiter eng mit den USA zusammenarbeiten wollten?

Harriman riet, zu einer geplanten Konferenz über die Gründung der Vereinten Nationen nicht nur den Vize-Außenminister Wyschinski, sondern dessen Chef Molotow zu entsenden.

„Erfüllen Sie gefälligst Ihre Verpflichtungen“, fauchte jedoch Truman den Gast an. Die Zusammenarbeit mit Amerika könne keine Einbahnstraße sein. Molotow soll später gesagt haben; „So hat man nie in meinem Leben mit mir gesprochen.“

Unmittelbar vor Beginn der Konferenz hatten die USA ihre erste Atombombe erfolgreich getestet. Truman in kleinem Kreis: „Wenn die Russen nicht mit uns zusammengehen wollen, sollen sie sich zum Teufel scheren“.

Im Vertrauen auf Roosevelt und dessen kaum je versiegenden Glauben an das Gute im Menschen hatte der Kreml seine Strategie bereits auf den Tag ausgerichtet, an dem die letzten US-Soldaten Europa verlassen würden – „in höchstens zwei Jahren“, wie Roosevelt in Jalta zu verstehen gegeben hatte.

In Potsdam von Harriman befragt, ob er denn nach den Leiden des Krieges nicht eine gewisse Genugtuung darüber empfinde, als Sieger in der Hauptstadt des bezwungenen Feindes zu sein, zögerte Stalin einen Augenblick und antwortete dann: „Zar Alexander ist bis Paris gekommen.“

Stalin habe vermutlich gehofft, analysiert Harriman, „bis an den Atlantik zu gelangen. Die Aussichten für eine kommunistische Machtübernahme sahen einfach zu gut aus“.

Tatsächlich hatte ein bitterkalter Winter Großbritannien praktisch völlig lahmgelegt, auf dem Kontinent folgte ein Streik dem anderen, in Frankreich stimmte bereits ein Viertel der Wähler für die Kommunisten, „Europa“, so Winston Churchill 1947, „das ist ein Schutthaufen, ein Beinhaus, eine Brutstätte für Pest und Haß“.

Doch da entschloß sich, vermutlich von kaum einem Sowjetführer und wohl auch nur von wenigen Amerikanern erwartet, ausgerechnet der Zufallspräsident Harry S. Truman zum vielleicht revolutionärsten außenpolitischen Kurswechsel in der Geschichte der USA: Amerika zog sich nicht, wie nach dem Ersten Weltkrieg, in die Isolation der eigenen Grenzen zurück, sondern wurde neuer Akteur auf der Weltbühne.

Alarmiert durch sowjetischen Druck gegen die Türkei und einen von außen gesteuerten kommunistischen Aufstand in Griechenland, machte Truman zur Maxime der amerikanischen Politik, „die freien Völker zu unterstützen, die sich den Versuchen der Unterjochung durch bewaffnete Minderheiten oder Druck von draußen widersetzen“.

Die „Truman-Doktrin“ bescherte Griechenland und der Türkei Dollar-Millionen – und dem übrigen Europa erste Hilfe für den Wiederaufbau: den nach Amerikas Außenminister benannten Marshall-Plan.

Zur Überwindung von „Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ offerierte Außenminister George Marshall den Europäern, die Sowjets und ihre Satelliten eingeschlossen, großzügige Unterstützung.

Zu einer vorbereitenden Konferenz in Paris reisten auch die Sowjets an: Außenminister Molotow mit 89 Fachleuten. Die einzige an den Marshall-Plan geknüpfte Bedingung allerdings – europäische Zusammenarbeit beim Wiederaufbau – mochten sie nicht akzeptieren.

Die Amerikaner, so forderten sie statt dessen, sollten einfach die Gesamtsumme bereitstellen; die Europäer würden es dann proportional zu den im Krieg erlittenen Schäden untereinander aufteilen, und jeder Staat

würde sich um seinen eigenen Wiederaufbau kümmern.

Wer bei einer solchen Verteilung den Löwenanteil kassieren würde, war klar. Rest-Europa lehnte deshalb ab, die Sowjets verließen die Konferenz und zwangen auch ihre Satelliten zur Abreise, darunter die Tschechoslowakei, deren Regierung zuvor einstimmig die Teilnahme am Marshall-Plan beschlossen hatte.

Für den Kreml war das Hilfswerk fortan eine „amerikanische imperialistische Verschwörung zur Unterdrückung Westeuropas“. Für die USA hingegen wurde der Marshall-Plan zum Kernstück einer neuen Strategie gegenüber den Sowjets, dem Konzept des „Containment“ (Eindämmung).

„Eines der wesentlichen Elemente jeder amerikanischen Politik gegenüber der Sowjet-Union“, so erläuterte in der angesehenen Zeitschrift „Foreign Affairs“ ein anonymes „Mr. X“ die neue Strategie, „muß in einer langfristigen, geduldigen, aber festen und wachsamten Eindämmung der sowjetischen expansionistischen Neigungen bestehen.“

Hinter dem Pseudonym verbarg sich einer der besten Sowjet-Kenner der USA: George F. Kennan, zu Harrimans Zeiten stellvertretender Missionschef, später selbst Botschafter Washingtons in Moskau.

Das Ziel der sowjetischen Politik, erklärte Kennan, sei es, „sicherzustellen, im Bassin der Weltmacht jeden Winkel und jede Ritze ausgefüllt zu haben, die ihr zugänglich sind“.

Containment bedeute freilich nicht die Eindämmung einer militärischen Bedrohung mit militärischen Mitteln, sondern die Eindämmung einer politischen Bedrohung mit politischen Mitteln.

Für die Sowjets waren das Spitzfindigkeiten – für sie waren Truman-Doktrin und Containment ein und dieselbe Herausforderung, Mittel zur Einkreisung. Ihre Antwort blieb nicht aus:

– Im Februar 1948 zwangen sie der Tschechoslowakei im Handstreich eine neue, moskauhörige Regierung auf.

– Im Juni sperrten sie den Zufahrtsweg nach Berlin – über den bis 1971 keinerlei schriftliche Absprachen bestanden hatten –, gaben die Blockade aber schließlich auf, nachdem Amerikaner und Briten die eingeschlossene Stadt 321 Tage lang aus der Luft versorgt hatten.

– Im Juni 1950 fielen, wahrscheinlich mit Moskauer Billigung oder Ermunterung, nordkoreanische Truppen in den Süden des geteilten Landes ein – wurden aber, genau wie ihre Schutzherren, überrascht, als USA und Uno nicht nur protestierten, sondern mit der sofortigen Entsendung einer Uno-Truppe unter amerikanischer Führung reagierten.

Als der Korea-Krieg schließlich Mitte 1953 ohne Sieger zu Ende ging, war in Moskau Josef Stalin schon zu Grabe getragen – der Kalte Krieg aber ging, mit neuen Männern und neuen Etiketten, unverändert weiter.

Wichtigster Akteur war fortan John Foster Dulles, der Außenminister des neuen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower.

Der puritanische, militant antikommunistische Anwalt brandmarkte die Containment-Politik als moderne Form von Appeasement und postulierte: „Die Fähigkeit, bis an die äußerste Grenze zu gehen, ohne einen Krieg auszulösen, das ist die heute erforderliche Kunst. Wer davor zurückschreckt, bis an den Rand des Abgrunds zu gehen, der ist verloren.“

„Roll back“ (Zurückwerfen) und „massive retaliation“ (massive Vergeltung) auch „brinkmanship“ (das Lavieren am Abgrund) hießen seine Rezepte: eine Woche nur nach seinem Amtsantritt wandte er sich an die

„Gefangenen“ hinter dem 1946 von Churchill so getauften „Eisernen Vorhang“ und gelobte: „Sie können auf uns rechnen“.

Die Botschaft, verstärkt durch amerikanische Propagandasender wie „Radio Free Europe“, wurde überall im Osten gehört und von vielen als Ermunterung zum Aufstand gedeutet. Doch als sie sich dann auflehnten, zeigte sich, daß John Foster Dulles weisen Etikettenschwindel betrieben hatte:

– 1953, als Demonstranten in der DDR von ostdeutschen und sowjetischen Soldaten zusammengeschossen wurden, übte Dulles nicht „massive Vergeltung“ – er ließ lediglich an der Sektorengrenze Feldküchen für die Ost-Berliner aufstellen.

– 1956, als Sowjetpanzer einen Aufstand in Ungarn niederwalzten, wurden sie von Dulles nicht „zurückgeworfen“, Amerika nahm lediglich einige zehntausend Ungarn-Flüchtlinge auf.

Tatsächlich hatte Dulles, wie Dokumente aus seiner Amtszeit belegen, niemals ernsthaft erwogen, die Sowjets durch militärische Gewalt zurückzudrängen oder einen bewaffneten Aufstand im Ostblock zu entfachen. Seine ausdrücklichen Warnungen, solch ein Aufstand sei „schlimmer als vergeblich“, verhallten jedoch ebenso im Getöse seiner Rhetorik wie die Erkenntnis, daß er im Grunde ein Politiker des Status quo war, der lediglich das Konzept des Containment unter einem neuen Namen weiterverfolgte.

Beide Seiten bauten nun ihre Bündnissysteme aus und rüsteten ihre Freunde zu Militärmächten hoch, die Bundesrepublik im westlichen, die DDR im östlichen Lager.

Für einen Augenblick schien das Eis zu schmelzen, als Eisenhower 1955 in Genf seinen einstigen sowjetischen Waffenbruder Schukow wiedertraf, ihm ein Hochzeitsgeschenk für die Tochter mitgab und den Austausch der Pläne aller militärischen Einrichtungen zwischen Washington und Moskau sowie eine gegenseitige Inspektion aus der Luft vorschlug. Während seiner Rede schlug ein Blitz in das Stromnetz ein, und das Licht ging aus, „was dem Augenblick“, so der französische Augenzeuge André Maurois, „etwas Pathetisches verlieh“.

Im gleichen Jahr machte Chruschtschow eine politische Geste: Von einem Tag zum anderen erhielten die Österreicher ihren Staatsvertrag – den Moskau bis dahin stets von einer gleichzeitigen Deutschland-Regelung abhängig gemacht hatte.

Doch dann wurde es wieder kalt. Die Sowjets lehnten Eisenhowers Genfer Vorschlag ab und nutzten die Uneinigkeit des Westens während der Suez-Krise von 1956, sich auch im Nahen Osten zu etablieren. Eisenhower erhob – wie jetzt Jimmy Carter – den Nahen Osten per Doktrin zur amerikanischen Interessensphäre. Chruschtschow wiederum kündigte ultimativ den Viermächtestatus von Berlin auf. Und alle Verhandlungen auf Ministerebenen schienen lediglich in Sackgassen zu münden.

Im Mai 1959 starb die Symbolfigur des Kalten Kriegs, John Foster Dulles. Und mit einem Male schien es, als sei auch der Kalte Krieg am Ende. Chruschtschow schickte seinen Vize Mikojan in die USA – und der kehrte mit einer Einladung Eisenhowers für den Kreml-Chef nach Moskau zurück. Der kleine, impulsive Russe landete am 15. September 1959 „mit offenem Herzen“ in Washington und gewann schnell die Sympathien der Feinde von gestern.

Er sei gekommen, um den Kalten Krieg zu beenden, versicherte Chruschtschow. Vor der Uno schlug er eine „weltweite und vollständige Abrüstung“ vor. Im US-Fernsehen wandte er sich an seine „amerikanischen Freunde“.

Er watete durch die Menge wie ein amerikanischer Wahlkämpfer, speiste in Hollywood mit Marilyn Monroe, Frank Sinatra, Bob Hope, entrüstete sich über den Cancan (Chruschtschow später: „Sie zeigten ihre

Ärsche wie die Schweine“) und spielte auf Eisenhowers Farm in Gettysburg mit dessen Enkeln.

Vor dem Kamin im Präsidentensitz von Camp David wirkten die beiden netten Großväter wie eine Garantie dafür, daß der Kalte Krieg endlich ein Ende gefunden habe.

Ganz im „Geist von Camp David“ drängte Chruschtschow den Gastgeber, möglichst schnell zum Gegenbesuch nach Moskau zu kommen, wo Eisenhower schon einmal – als siegreicher General im Juli 1945 – gemeinsam mit Schukow im riesigen Dynamo-Stadion während eines Fußballspiels begeistert gefeiert worden war.

Doch Eisenhowers Enkel wollten gern Chruschtschows Enkel besuchen, und so schlug der Sowjetmensch vor, lieber bis zum Frühjahr 1960 zu warten – des Tauwetters wegen.

Bis dahin aber war es noch eine lange Zeit.

Chruschtschow wollte „friedliche Koexistenz zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“, weil er einen Atomkrieg fürchtete und zugleich durch einen höheren Lebensstandard das Volk mit der ungeliebten Regierung versöhnen wollte.

Chruschtschow schlug vor, „die Kriegsministerien und die Generalstäbe aufzulösen ... den Bestand der Streitkräfte praktisch auf Null herabzudrücken und den Staaten nur Abteilungen zu belassen, die mit leichten Feuerwaffen ausgerüstet sind.“

Im Januar 1960 verordnete er sogar die Demobilisierung von 1,2 Millionen Sowjetsoldaten, darunter 150.000 Offizieren. Das konnte den Sowjetmilitärs nicht gefallen, die schon öfter in die Politik eingegriffen hatten.

Als am 1. Mai 1960 ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U-2 über Swerdlowsk abgeschossen wurde, erzwangen die Militärs, daß Chruschtschow die Pariser Gipfelkonferenz sprengte und den Präsidenten Eisenhower wieder auslud.

Als die DDR eine Ausschaltung des Störfaktors West-Berlin forderte, empfahl Chruschtschow eine „Freie Stadt“, begnügte sich aber schließlich mit dem Bau der Mauer zwischen Ost- und West-Berlin. Das war schon ein Stück Koexistenz, in den Augen der Sowjet-Falken aber unverzeihliche Schwäche.

Diese „Falken“ im Kreml setzten gegen Chruschtschows Abrüstungs-Utopie ihre eigenen Weltmacht-Träume. Denn auf ihrem Gebiet, in der Rüstung, der Raumfahrt, der Kampfstärke von Heer und Flotte wollten sie den Westen am liebsten ein- und überholen. Alle Inferiorität des Sowjetreiches im übrigen wurde in ihren Augen durch die wichtigste Insignie einer Weltmacht wettgemacht: das militärische Potential.

Chruschtschows größtes außenpolitisches Abenteuer, Sowjet-Raketen auf Kuba zu stationieren, führte 1962 zwar bis an den Rand eines großen Krieges, endete aber doch in einem ausgleichenden Arrangement zwischen den beiden Großmächten: erster Fall rationaler Bewältigung einer großen, irrational aufgeheizten Konfliktsituation.

Zwei Jahre später gelang es den Moskauer Falken, Chruschtschow durch einen der ihren, den Polit-General Breschnew, zu ersetzen. An dessen Seite trat als Repräsentant der „Tauben“ Premier Kossygin, ein Repräsentant der Konsumindustrie.

Erfolglos widersprach Kossygin 1968 im Politbüro dem Antrag der Militärs, dem Prager Reformkommunismus mit Panzern den Garaus zu machen. Danach jedoch überzeugte er auch Breschnew vom Nutzen einer Entspannungspolitik, die Moskau vor einer Entwicklung wie in Prag bewahren sollte: Schon forderte der Atomphysiker Sacharow einen Reformkommunismus auch für die Sowjet-Union.

Die Entspannung wollte in der Sicht des Ostens den Rüstungswettlauf bremsen, mehr Mittel für den

Massenkonsum freimachen und westliche Wirtschaftshilfe anregen, möglichst auf Kredit. So ließ sich das Sowjetvolk ruhig halten.

Der Westen sah dabei Chancen für eine gewaltlose Regelung internationaler Konflikte, speziell die Deutschen hofften auf menschliche Erleichterungen im Bruderstaat DDR.

So schloß denn Bonn Verträge mit Moskau über Gewaltverzicht und mit der DDR über gegenseitige Anerkennung, und die vier ehemaligen Alliierten aus der Kriegszeit einigten sich, erstmals den Status quo in Berlin rechtlich abzusichern.

Und auf dem Europa-Gipfel in Helsinki schworen sich 35 Regierungschefs Friedensliebe. Das Recht auf Meinungsfreiheit erklärten sie zu einer Frage des „legitimen gemeinsamen Interesses“ aller Europäer – und Breschnew unterschrieb das.

Moskau und Washington vereinbarten, sich in Spannungsfällen gegenseitig zu informieren, und schlossen 1972 das erste Salt-Abkommen ab, obwohl die Amerikaner gerade eben den vietnamesischen Hafen Haiphong vermint hatten: Entspannungsfreudig sah der Kreml über diese Herausforderung hinweg.

Prestigegewinn war wichtiger, die von der Weltmacht Nr. 1 beurkundete Gleichrangigkeit der UdSSR gefiel auch den Entspannungsgegnern in Moskau, zumal ihr Machtbereich sich Jahr um Jahr ausweitete – ohne größere Risiken für die Sowjet-Union, ohne den Einsatz sowjetischer Truppen.

Nordvietnam konnte Südvietnam erobern und griff sich erst Laos, dann Kambodscha. Im Helsinki-Jahr 1975 holten kubanische Helfer dem Sowjetfreund Neto Angola, 1978 zog Angola gegen Katanga und scheiterte, dafür fiel Äthiopien dem sowjetischen Einflußbereich zu.

Ihre eigenen Ideologen hatten den Sowjets eingeredet, inzwischen habe sich das „internationale Kräfteverhältnis“ zugunsten der Sowjet-Union verschoben. Auch Furchtsame im Westen glaubten das und übersahen, daß gleichzeitig Chile und Portugal, Ägypten, Somalia und Uganda für den Kreml verloren gingen.

Nur Carter irritierte die Sowjets. Seine Menschenrechtskampagne ermunterte die Opposition in der UdSSR, er setzte die Nato-Nachrüstung durch, näherte sich China an und tat nichts zur Förderung des Ost-West-Handels.

Bei anderen Staaten verschuldete sich der Sowjetblock mit 100 Milliarden Mark, doch der US-Kongreß hatte 1974 Kredite und Handelserleichterungen vom Ausreiserecht der Sowjet-Juden abhängig gemacht, worauf Moskau den Handelsvertrag mit den USA einfach kündigte. Verabredete Milliarden-Geschäfte fielen aus.

Die Kreml-Falken hatten wieder Argumente gegen die Entspannung. Sie blockten Breschnews Versuch ab, die Konsumgüterproduktion rascher wachsen zu lassen als die rüstungsorientierte Schwerindustrie.

Der damalige Generalstabschef Kulikow, heute Oberbefehlshaber des Warschauer Pakts, stellte öffentlich „erhöhte Forderungen an die Mobilisierungsbereitschaft der Volkswirtschaft“. Der Verteidigungsminister Gretscho trennte sich von der traditionellen Sprachregelung, die Sowjetarmee diene nur der Landesverteidigung, und erklärte sich bereit zum Eingreifen in jeder „wie weit auch immer entfernten Region unseres Planeten“.

Bald darauf proklamierte der Kreml einen allgemeinen Interventionsanspruch: Entspannung sei „kein Freibrief für morsche Regime“.

Auch daheim empfahlen sich die Militärs als Ordnungsfaktor. Während mit der Entspannungspolitik zersetzende West-Ideen von einem freieren Leben und großzügigeren Konsum ins Sowjetland eindrangten, pries die „Prawda“ die Truppe als Schule der Nation: „Die Armee bildet den Kollektivisten, den Menschen

mit breitem Horizont, mit festen moralischen Grundsätzen.“

Der geistige Konflikt zwischen weltoffenen „Westler“ und den auf nationale Eigenart bedachten „Slawophilen“ aus dem alten Rußland erlebt seine Reprise im Streit zwischen Entspannungsfreunden und Entspannungsgegnern. Was die Anti-Westler trieb, beschrieb der Roman „Was willst Du eigentlich?“, der 1969 in Moskau erschienen war und heftige Debatten ausgelöst hatte. Leitmotiv:

Wenn die westliche „Demokratie“ kommt, mit der die westlichen Propagandisten auch junge Russen locken, dann bringt sie euch keineswegs volle Läden mit Konsumgütern, sondern in erster Linie die Vernichtung eurer Völker, die Vernichtung eures Staates, die Vernichtung Rußlands.

Rußlands Konservative sehen höhere Werte: Sie möchten die Sowjet-Jugend ohne Konsumdenken erziehen, durch Abschottung gegen das Ausland alle Vergleichsmöglichkeiten nehmen, militärische Tugenden und imperiale Ideen pflegen.

Für solche Ziele eignet sich besser als die Entspannung eine Politik des geschlossenen Handelsstaates und der andauernden Konfrontation mit der Umwelt, auch wenn das eigene Land dabei stagniert.

Nach offiziellen Angaben fiel voriges Jahr die Wachstumsrate der sowjetischen Industrieproduktion auf 3,4 Prozent (Plan: 5,7). In der Provinz gibt es mitunter monatelang kein Fleisch, in manchen großen Städten prägeln sich Ende vorigen Jahres die Sowjetbürger um das Grundnahrungsmittel Kohl. In Moskau gab es zeitweilig nicht einmal Kartoffeln.

Die Sowjetregierung griff gegen wachsenden Unmut hart durch: Wer zweimal im Jahr die Firma wechselt, verliert neuerdings seinen Rentenanspruch. Das erinnert an die Kriegswirtschaft: Eine derart strenge Maßregel bestand zuvor nur vom Vorkriegsjahr 1940 an bis 1955.

Die Stimmung im Sowjetland ist, so melden Beobachter, höchst labil; im Frühjahr könnte ein Ausbruch von Massenprotest so sichtbar werden wie schon in Polen oder Sowjet-Litauen und gelegentlich auch in der Ukraine.

Besonders gefährdet erschien den Moskowitern offenbar die Lage in den muslimischen Sowjetrepubliken, in die der Moslem-Chauvinismus der Nachbarstaaten Persien und Afghanistan übergreifen könnte. Drei Tage vor dem Afghanistan-Schlag attackierte das Parteiorgan für Mittelasien („Prawda wostoka“) zum erstenmal seit Monaten wieder massiv den Islam.

Ein Teil der Intelligenz unterschätze die reaktionäre Rolle des islamischen Glaubens, hieß es da für den Hausgebrauch; man verwechselte das Nationale mit dem Religiösen, die Mullahs behaupteten, kommunistische und mohammedanische Moral seien vereinbar; doch in der Ideologie gebe es keine Koexistenz.

Die in Moskau, Leningrad, Riga und Kiew entstandenen „Helsinki-Komitees“ zum Kampf für die Menschenrechte wurden zerschlagen; Nobelpreisträger Sacharow war ihr letzter freier Repräsentant.

Außer dem nun als wertlos dokumentierten Schutzbrief Carters verfügte Sacharow über Deckung durch die sowjetische Akademie der Wissenschaften, die – vom Staat unabhängig – ihr Vollmitglied Sacharow auch nicht ausgeschlossen hat, was den Einzelkämpfer vor der Verhaftung bewahrte.

Bedeutungsvoller noch als die Verbannung Sacharows nach der für Ausländer gesperrten Stadt Gorki ist, daß um die gleiche Zeit Vize-Premier Wladimir Kirillin, 67, zurücktrat.

Der Professor für Energetik war der einzige echte Wissenschaftler in der Kreml-Spitze, früher Vize-Präsident der Akademie und seit Beginn der Ära Breschnew/Kossygin Leiter des Staatskomitees für

Wissenschaft und Technik, das mit Auslandskontakten, Reformvorschlägen und Fachinformationen die Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft betrieb.

Kirillin, der womöglich auch den Oppositionsführer Sacharow deckte, vertritt die akademische Elite der UdSSR, ohne deren willige Mitarbeit der Sowjetstaat kaum gedeihen kann. Sein Protest – er ist „auf eigenen Wunsch“ zurückgetreten – ist ein alarmierendes Signal.

Kirillins Förderer Kossygin, der die Entspannungspolitik einst konzipiert hatte, ist seit vorigen Oktober aus der Öffentlichkeit verschwunden. Es gibt Hinweise, daß Parteichef Breschnew bei der Afghanistan-Entscheidung im Dezember überstimmt wurde: Die Sitzung soll, so der Londoner „Observer“, von einem „inneren Kreis von Politbüro-Mitgliedern der harten Richtung und Vertreter der Militärs“ gewesen sein. Dieser Kreis habe den schwer leidenden Breschnew vor die Wahl gestellt, der Intervention zuzustimmen oder zurückzutreten.

Hauptargument der Integrations-Befürworter: Im vorigen April wurden in der westafghanischen Stadt Herat ein halbes Hundert Sowjetbürger und -bürgerinnen ermordet (ebenso viele, wie US-Bürger in Teheran als Geiseln gefangen gehalten werden).

Mitte Dezember, kurz vor dem Moskauer Integrationsbeschluß, wurden dann mitten in Kabul, beim Einkauf im Basar, zwei weitere Sowjetbürger erschlagen. Und womöglich kam dort zu jener Zeit auch General Paputin ums Leben, ein sowjetischer Vize-Polizeiminister.

Nach dem Moskauer Integrationsbeschluß ließ sich wochenlang kein einziges Politbüro-Mitglied in der Öffentlichkeit sehen. Anders die Militärs: Die 20 höchsten Tressenträger, das gesamte Oberkommando der Sowjetarmee mit Ausnahme des Verteidigungsministers und Politbüro-Mitglieds Ustinow sowie des nach Kabul abgereisten Marschalls Sokolow, trafen sich, so gab das Armeebblatt „Roter Stern“ bekannt, zu einem Fest.

Sie versammelten sich in der Moskauer Botschaft der (sowjetisch besetzten) Mongolei und nahmen dort alle einen Erinnerungsorden an eine Schlacht entgegen, die 1939 in Mittelasien stattgefunden hat, gegen die Japaner.

Offensichtlich hatten jene, die für das Afghanistan-Abenteuer votierten, die politischen Auswirkungen nicht richtig einkalkuliert. Die Aktion war auch weder diplomatisch noch propagandistisch vorbereitet. Es sieht so aus, als ob die dafür zuständigen Leute nicht mitgemacht hätten.

Es gab keine Solidaritätskampagne für Afghanistan wie früher für Vietnam oder Kambodscha. Die Sowjetpresse hat bis heute keine Photos von Sowjetsoldaten im Einsatzgebiet veröffentlicht, einen Invasionsgrund, die Morde an den Sowjetberatern, ihrem Publikum verschwiegen.

Über die „ernste Bedrohung der Sicherheit der UdSSR“ unterrichtete erstmals Breschnew drei Wochen danach in einem „Prawda“-Interview das Sowjetvolk. Er gab sich nicht als Sieger, er berief sich weiterhin auf das „Friedensprogramm“ der beiden letzten Parteitage – der „Wille der Völker“ wirke „über alle Hindernisse hinweg“.

Als Hauptschuldigen am ganzen Desaster benannte er den US-Präsidenten Carter. Der sei „absolut verlogen“, ein „völlig unzuverlässiger Partner“, der sich „von Launen und Grillen oder Gefühlsausbrüchen“ lenken lasse. Die US-Regierung habe gleich nach Unterzeichnung des zweiten Salt-Abkommens diesen Vertrag diskreditiert und seine Ratifizierung erschwert, eine automatische Steigerung der Nato-Etats „bis zum Ende des 20. Jahrhunderts“ und dann die Nachrüstung durchgesetzt.

Das waren wohl die Argumente der Falken in Moskau. „Wir werden natürlich auch ohne diese oder jene Verbindungen zu den USA auskommen, und überhaupt haben wir uns niemals aufgedrängt“, sagte Breschnew, als ob er resignierte, und plädierte für sein Lebenswerk:

Die Situation in Europa ist heute um vieles besser, als sie es, sagen wir, zu Beginn der 70er Jahre war ... Wir sind entschieden dafür, alles Positive, was lange Jahre hindurch geschaffen worden ist, zu festigen und zu vermehren.

Dieses Positive ist vielleicht schon zerschlagen, weil Scharfmacher im Kreml sich in ihrer Auffassung bestätigt sahen, die ganze Entspannung habe sich nicht gelohnt, sondern nur Rußland verunsichert. Nun bewirken sie womöglich, daß westliche Wirtschaftshilfe gestoppt wird, die Aufrüstung eskaliert, neue US-Stützpunkte entstehen, Amerika und China sich verbinden, 700 Millionen Moslems sich gegen Rußland kehren.

Eine neue Ära der Konfrontation? „Der Friede“, befand „Nowoje wremja“, die Moskauer Zeitschrift für Außenpolitik, „steht derzeit am Rande einer Rückkehr zum Kalten Krieg.“

Den scheut nun offenbar auch Friedenspolitiker Breschnew nicht mehr: „Wir wurden in den Jahren des „Kalten Kriegs“ der die Welt an den Rand des Abgrund brachte ... Prüfungen unterworfen. Aber auch damals konnte uns niemand schwankend machen. Es ist nützlich, sich dessen zu erinnern.“

Man erinnert sich, daß die Sowjet-Union damals unhaltbar gewordene Positionen auch preisgab – ohne Rücksicht auf Gesichts- und Machtverluste. Der vorsichtige Stalin hob die Berlin-Blockade wieder auf, brach den Bürgerkrieg in Griechenland ab, zog die Sowjettruppen aus Nordpersien, zurück. Der unvorsichtige Chruschtschow trat den Rückzug aus Kuba an und verzichtete auf seinen Maximalplan für West-Berlin.

Solche Volten sind auch heute nicht auszuschließen, wenn in Moskau wieder Politiker Gewicht haben, die erkennen, daß der Imperialismus auf seine Urheber zurückschlug.

Amerika hatte die Afrika-Abenteuer des Moskau-Schützlings Kuba noch mit zunehmender Verbitterung hingenommen. Eine Eskalation russischen Angriffsgeists sah Washington vorigen Sommer, als es eine ganze sowjetische Kampfbrigade auf Kuba entdeckt zu haben glaubte.

Als Anfang November die amerikanischen Botschaftsangehörigen in die Hände rabiater Chomeini-Anhänger fielen und Amerika sich tief gedemütigt sah, strahlten sowjetische Sender wilde antiamerikanische Propaganda-Tiraden in den Iran. Auch das wurde in den USA nicht vergessen.

Mit dem Einfall in Afghanistan aber überschritten die Russen die amerikanische Toleranzgrenze. Carter in seiner Rede am vorigen Mittwoch: „Die Sowjet-Union hat einen radikalen und aggressiven neuen Schritt unternommen.“

Der „qualitative Sprung“ der Moskauer Außenpolitik wird in der amerikanischen Argumentation seither immer wieder herausgestellt, der Umstand nämlich, daß die Sowjets zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg ein Land besetzt haben, das vorher nicht – oder nicht direkt – in ihr Lager gehörte. Für die Amerikaner offenbart sich darin schlicht, so der Sprecher des Außenministeriums, Hodding Carter, „das Faktum Sowjetimperialismus“.

Selbst ein Diplomat alter Schule wie Außenminister Vance befand bündig, es mache „keinen Sinn, zu psychoanalysieren“, welcher der möglichen Gründe Moskau schließlich zum Eingreifen bewogen habe: „Die einfache Tatsache ist die, daß die Sowjet-Union nackte Aggression betreibt.“

Die Weigerung, die Gründe der jeweils anderen Seite noch zur Kenntnis zu nehmen, markierte den zumindest zeitweiligen Zusammenbruch der Entspannung: Die Kommunikation ist in einer Weise abgerissen, wie es noch vor Monaten unmöglich erschienen wäre.

Daß jede Krise beherrschbar, jede Verständigung machbar sei, Interessen ausgleichbar und Konflikte

vermeidbar seien – dieses Axiom vernunftgläubiger Politiker à la Henry Kissinger dürfte so leicht nicht wieder erstrahlen, auch wenn der Kalte Krieg doch noch schnell gestoppt werden sollte.

Vorige Woche jedenfalls machten sich, vor allem in Moskau, Anzeichen neuen Festungsdenkens bemerkbar. Ferngespräche und Fernschreibleitungen mit dem Ausland wurden öfter unterbrochen als üblich, sowjetische Frauen ortsansässiger Ausländer geheimnisvoll verwarnt: Nichts sei so leicht, wie sein Vaterland zu verraten.